

Ä1

# Antrag

**Initiator\*innen:** Zuri Klaschka

**Titel:** **Ä1 zu A2: Verbesserung der Möglichkeiten der Haushaltsplanung und -überwachung durch SSR und stuv-Sekretariat**

---

## Antragstext

**Nach Zeile 6 einfügen:**

Der Ausschuss Grund- und Geschäftsordnung wird beauftragt, die Aufnahme einer entsprechenden Regelung in die Geschäftsordnung des Studierendenparlaments zu prüfen und gegebenenfalls dem Studierendenparlament zur Beschlussfassung vorzulegen.

## Begründung

Erfolgt mündlich, aber tl;dr: die Regelung gab es wohl bisher schon, geriet aber in Vergessenheit. Damit das nicht mit einem solchen Beschluss schon wieder so läuft kann man das in die GO packen, dann erinnern sich zumindest die wenigen, welche die GO kennen, daran (darunter zumeist mindestens ein Mitglied des SSR)

Ä2

# Antrag

Initiator\*innen: Henry Mörtl

Titel: Ä2 zu A3: Umgang mit Students for Palestine

## Antragstext

### Von Zeile 1 bis 9:

~~Wir sehen den Ausschluss von Students for Palestine bei der Studimesse vom 07.11.24 in Konflikt mit dem Stupa-Beschluss vom 23.11.23. Wir sehen in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, den Inhalt des Beschlusses, insbesondere den Abschnitt: "Das Studierendenparlament regt an, zur Entwicklung dieser Positionen die unterschiedlichen Stimmen dieser Universität, besonders die Professor\*innen für Islamwissenschaften und Jüdische Studien sowie die diversen Statusgruppen, einzubeziehen", nachträglich umzusetzen.~~

Wir sehen den Ausschluss von Students for Palestine bei der Studimesse vom 07.11.24 kritisch.

~~Deshalb fordert das~~Das Studierendenparlament fordert den SSR dazu auf, ~~nachträglich~~ einen angemessenen und öffentlichen Diskursraum auf Basis wissenschaftlicher Standards

Ä1

# Antrag

**Initiator\*innen:** Zuri Klaschka

**Titel:** **Ä1 zu A4: Unterstützung jüdischer Studierender und Stärkung akademischer Partnerschaften mit Israel**

---

## Antragstext

### Von Zeile 1 bis 5:

Das Studierendenparlament möge beschließen, dass die Universität Würzburg den Schutz ~~israelischer und palästinensischer~~ jüdischer Studierender verstärken und Maßnahmen gegen Antisemitismus ~~und antipalästinensische Diskriminierung~~ auf dem Campus ergreifen soll. Hierzu zählt insbesondere die Ablehnung jeglicher Formen von Antisemitismus und ~~antipalästinensischer Diskriminierung~~ israelfeindlicher Hetze sowie die Fortsetzung und Intensivierung der akademischen Partnerschaften mit israelischen Universitäten.

## Begründung

Die Forderung eines entsprechenden Bekenntnisses entspricht weder dem im Titel noch sonst im Antrag behandelten Scope.

Bereits in der Zusammenführung etwaiger Diskriminierung (Antisemitismus) und den akademischen Partnerschaften stellt sich die Frage, ob diese Themen nicht viel mehr getrennt zu behandeln wären. Aber sie sind sowohl unter dem Antragstitel gedeckt als auch – in meinen Augen – bedeutend weniger kontrovers (internationale akademische Partnerschaften sind in meinen Augen integraler Bestandteil von Universitäten).

Sicher kann und sollte diskutiert werden, inwieweit sich die Uni zum Existenzrecht etwaiger Staaten bekennen sollte oder nicht – dieser Änderungsantrag richtet sich explizit **nicht** gegen die Behandlung dieses (komplexen) Themas. Die Zusammenführung dieser zunächst nicht zwingend voneinander abhängigen Themen aber fühlt sich fast schon wie ein politischer Spielball an: lehnt das StuPa das "Gesamtpaket" wegen dieses (für das Antragsthema) unnötigen Punkts ab, könnte man das fälschlicherweise pressewirksam-populistisch als "Antisemitismus" betiteln.

Diese Themen gehören behandelt, aber sie gehören separat behandelt. Nur so können wir den Diskriminierungserfahrungen und (in die eine oder andere Richtung, je nach Wille der Vertreter\*innen) der Komplexität des Themas gerecht werden.